

Die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft in der Sicht eines Japaners

Von

Haruo Naniwada - Tokyo

I. Vorwort

Soweit ich als Ausländer von außen her sehe, scheint der westeuropäische Gedankenkreis nach einem hundertjährigen Streit erst neuestens in bezug auf das Problem „Kapitalismus gegen Sozialismus“ zu einem festen Schluß gekommen zu sein. Westeuropa hat einerseits den Kapitalismus am längsten erfahren, aber andererseits den Sozialismus am nächsten beobachtet. So hat es schon restlos gelernt, worin Vor- und Nachteile der beiden bestehen. Nach diesen tiefen Erfahrungen und Beobachtungen hat es jetzt seinen Weg zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus eingeschlagen.

Diese Sachlage bestätigt sich nun besonders klar in Deutschland. Hier stehen der Neoliberalismus und der Neosozialismus einander gegenüber. Im Gegensatz zum alten Liberalismus und Sozialismus bekennen sie sich beide zu derselben „sozialen Marktwirtschaft“. Natürlich ist dieser Begriff zuerst von den Neoliberalisten in Gebrauch gekommen, um ihren Gedanken zu äußern. Dessenungeachtet wird er jetzt auch von den Neosozialisten gebraucht, um ihren eigenen Gedanken auszudrücken. Was ist aber nun die soziale Marktwirtschaft? Gäbe es zwei ganz verschiedene, liberalistische und sozialistische? Zwischen den beiden Auffassungen bestehen natürlich ziemlich große Abweichungen, indessen herrscht kein unvereinbarer Gegensatz.

Warum aber nennt sich der eine Liberalismus und der andere Sozialismus, obgleich sie beide daran das Präfix „Neo-“ knüpfen? G. Weißer hat einmal gesagt, daß die sozialistischen Theorien noch in den Fesseln des Marxismus stecken, obgleich die sozialistische Bewegung selbst immer mehr davon abweicht¹. Da die beiden Theorien noch nicht imstande sind, den Zauber des alten Gedankens zu lösen, können sie nur in den alten Kategorien des Kapitalismus und des Sozialismus denken und demnach nicht bemerken, daß die soziale Marktwirtschaft

¹ G. Weißer, Art. „Freiheitlicher Sozialismus“ im Hwb. d. Sozialw.

schon ihrem Wesen nach weder Kapitalismus noch Sozialismus sein kann.

Wie schon W. Eucken einmal klargemacht hat, kann man rein theoretisch nur zwei Wirtschaftsordnungen denken, die kapitalistische Marktwirtschaft und die sozialistische Zentralverwaltungs- oder Planwirtschaft². In der Wirklichkeit finden sich aber nur deren Misch- oder Zwischenformen. Was ist nun der Grund? Der Theoretiker soll sich nicht damit begnügen, nur zu meinen, daß in Wirklichkeit die Sachlage immer so sei. Er soll noch weiter danach forschen, aus welchem Grund in Wirklichkeit die Sachlage immer so ist.

Die westeuropäische Wirklichkeit zeigte nun die Tendenz von der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung nicht zur sozialistischen, sondern zur kapitalistisch-sozialistischen, also zur gemischten Zwischenform. Aber aus welchem Grund ist diese gemischte Wirtschaftsverfassung möglich? Niemand ist bis jetzt auf diese Frage gekommen.

II. Umriß der sozialen Marktwirtschaft

In bezug auf die Wirtschaftsverfassung sind Kapitalismus und Sozialismus im wesentlichen folgendermaßen gegensätzlich:

1. Im Kapitalismus genießt das Privateigentum unbedingte Hochachtung. Er wird hier für die gründliche Stütze des sozialen Gebäudes gehalten. Dagegen ist er nach dem Sozialismus gerade der einzige Ursprung allen Unheils. Nur daher kommt die soziale Ungleichheit oder ihre erhöhte Form: der Klassengegensatz, der das schlimmste Übel im Kapitalismus ist. Auf Grund dieser Auffassung will der Sozialismus das Privateigentum abschaffen und alle Produktionsmittel sozialisieren.

2. Im Kapitalismus wird die Wirtschaft nach dem Prinzip der freien Konkurrenz in Gang gehalten. Sie ist deshalb nichts anderes als die Wechselwirkung aller freien Wirtschaftstätigkeiten, welche durch den Marktwirtschaftsmechanismus aufeinandertreffend und gegeneinanderstoßend unbewußt zum Gleichgewichtszustand führen. Nach dieser Auffassung betrachtet der Kapitalismus diesen Mechanismus als Grundpfeiler seiner Wirtschaftsordnung. Im Gegensatz dazu ist der Sozialismus nicht von dem glatten Funktionieren dieses Mechanismus überzeugt. Demnach hält er die freie Wirtschaft für „anarchistisch“. Krise und Arbeitslosigkeit sind dessen Folgeerscheinungen. Nach dieser Meinung erstrebt er die Planwirtschaft an Stelle der freien Wirtschaft. Die Ordnung der Wirtschaft kann nur dadurch gesichert werden.

3. Im Kapitalismus hat jedes Individuum im Bereich der Produktion die Wahlfreiheit des Geschäfts und im Bereich der Konsumtion

² W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie.

die des Verbrauchs. Hier ist die Initiative jedes Wirtschaftssubjektes als treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung hochgeschätzt. Demgegenüber ist im Sozialismus jedes Individuum an eine Norm gebunden, welche von einem Zentralorgan diktiert wird. Jeder muß sich an einer bestimmten Stelle mit einer bestimmten Arbeit beschäftigen und die rationierten Güter im rationierten Maße verbrauchen. Hier gibt es keine Wahlfreiheit im Bereich sowohl der Produktion als auch der Konsumtion.

Wenn man Kapitalismus und Sozialismus nach ihren Kategorien vergleicht, sind die oben gezeigten drei Punkte richtig. Aber der Neoliberalismus und der Neosozialismus stehen gleich in jedem Punkte zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, abgesehen davon, daß jener näher dem Kapitalismus und dieser näher dem Sozialismus liegt. Man darf die beiden Auffassungen knapp wie folgt in eine Ordnung bringen:

1. In Hinsicht über das Besitzverhältnis: Privatbesitz oder Gemeinbesitz erkennen die beiden gleichermaßen den Privatbesitz der Produktionsmittel als Grundpfeiler des sozialen Gebäudes an. Das ist beim Neoliberalismus selbstverständlich, aber es ist auch dem Neosozialismus recht. Der Neosozialismus will nicht alle Produktionsmittel sozialisieren, sondern sie grundsätzlich im Privatbesitz lassen. Aber sie stimmen beide darin überein, daß jeder Privatbesitz seine eigene Pflicht mit sich bringt und daß folglich dessen unbedingter Gebrauch nicht gestattet ist. Aber noch weiter willigen sie, selbst der Neoliberalismus, ein, daß der Privatbesitz insoweit in den Gemeinbesitz überführt werden soll, als es in der Tat zweckmäßig und erforderlich ist.

Nach dem alten sozialistischen Gedanken ist es unverständlich, daß der Neosozialismus noch immer sich selbst als Sozialismus bezeichnet, obgleich er, wie oben geagt, grundsätzlich den Privatbesitz anerkennt. Aber der Begriff des Sozialismus ist eigentlich ein Gegenbegriff zum Individualismus. Im Gegensatz zum Individualismus, welcher auf jedes Individuum und seine persönliche Freiheit Wert legt, ist der Sozialismus eine Ideologie, welche auf die ganze Gesellschaft, also die soziale Gleichheit unter allen Mitgliedern, Gewicht legt. Deshalb ist es keineswegs absonderlich, daß der Neosozialismus sich selbst für sozialistisch hält.

Warum und inwieweit ist nun der Gemeinbesitz erforderlich? Der Grund ist beim Neoliberalismus und beim Neosozialismus nicht so sehr verschieden. Nach dem Neoliberalismus: Wenn die monopolistische Tendenz in einigen Wirtschaftszweigen zu weit fortschreitet, wird der Mechanismus der Marktwirtschaft nicht glatt funktionieren. Demnach soll man ihn gegen die Entwicklung zum Monopol möglichst schützen. Da aber diese Verbotspolitik nicht wirksam genug ist, bleibt keine

³ Schmollers Jahrbuch 81,1

Maßnahme als die, welche den Monopolpreis so reguliert, „als ob“ dort die freie Konkurrenz herrschte³. Weil aber diese Preiskontrolle auch erfolglos sein kann, soll das Monopol bis zu einem gewissen Umfang in den Gemeinbesitz überführt werden, eben weil es das Gemeinwohl gefährdet, d. h. sein Vorhandensein nicht sozial oder, präziser, nicht sozial gerecht ist. Nach dem Neosozialismus: Wenn das Monopol in einigen Wirtschaftszweigen zu stark anwächst, kann das Gemeinwohl durch Entstehung des Monopolgewinns gefährdet werden. Infolgedessen soll das Monopol, welches insbesondere für das Gemeinwohl von großem Interesse ist, zum Gegenstand der Sozialisierung gemacht werden.

Auf diese Weise ist der Grund für Gemeinbesitz sowohl beim Neoliberalismus als auch beim Neosozialismus letzten Endes die Beförderung des Gemeinwohls, nur daß jener zuerst und möglichst den Marktwirtschaftsmechanismus aufs beste funktionieren lassen will, während dieser unmittelbar zur Beförderung des Gemeinwohls die Sozialisierung anstrebt. Der Hauptunterschied besteht nur darin, wie hoch man den Marktwirtschaftsmechanismus oder die soziale Gerechtigkeit schätzt.

Der erforderte Grad der Sozialisierung ist wegen dieses Unterschieds selbstverständlich beim Neoliberalismus niedriger, welcher auf den Mechanismus der Marktwirtschaft mehr Gewicht legt, und beim Neosozialismus höher, welcher auf die soziale Gleichheit mehr Wert legt. Das bedarf keiner weiteren Erklärung.

2. Bezuglich der Wirtschaftsordnung: freie Wirtschaft oder Planwirtschaft: erkennt sogar der Neosozialismus ebenso wie der Neoliberalismus den Marktwirtschaftsmechanismus als die Grundlage der Wirtschaftsordnung an. Auch in diesem Punkte ist der sozialistische Gedanke nach dem Kriege gründlich anders geworden. Der alte Sozialismus glaubte gar nicht an den Marktwirtschaftsmechanismus. Er sah vielmehr darin die Hauptquelle des anarchistischen Durcheinanders der Wirtschaft. Er tadelte ihn darum und forderte statt dessen die Planwirtschaft. Jetzt erkennt aber der Neosozialismus die Tatsache an, daß dieser Marktwirtschaftsmechanismus nicht immer vollkommen, aber doch besser als die Planwirtschaft ist, wenn man ihn vorsichtig behandelt. Auf solche Weise erkennt der Neosozialismus ebenso wie der Neoliberalismus den Marktwirtschaftsmechanismus als die Grundlage der Wirtschaftsordnung an.

Andererseits ist aber auch der Liberalismus nach dem Kriege anders geworden. Er behauptet nicht mehr das *Laissez-faire* der Wirtschaft. Er glaubt natürlich im wesentlichen an den Marktwirtschaftsmechanis-

³ L. Milsch, Die Wirtschaftspolitik des als ob.

mus, wodurch alle freien Wirtschaftstätigkeiten endlich miteinander in Einklang gebracht werden können. Wenn man ihn aber nach dem Prinzip des Laissez-faire ganz frei gehen läßt, werden die Hindernisse gegen den Marktwirtschaftsmechanismus immer mehr anwachsen. Um diese Vergrößerung der Hindernisse zu verhüten und ihn zum glatten Gang zu bringen, soll der Staat mit seinen politischen Maßnahmen eingreifen. Damit also die Vortrefflichkeit der freien Konkurrenz zur Entfaltung kommt, ist es nötig, ihn nicht dem Laissez-faire zu überlassen. Solcherweise erkennt auch der Neoliberalismus den staatlichen Eingriff bis zu einem gewissen Grade an.

Das Schlagwort „Konkurrenz soviel als möglich, Regulierung soviel als nötig“ kann also die Haltung nicht nur des Neoliberalismus, sondern auch des Neosozialismus anzeigen. Sie denken also beide, daß die Grundlage der Wirtschaftsordnung nichts anderes als der Mechanismus der Marktwirtschaft sein kann, nur daß darauf der staatlichen Einmischung soviel als nötig Raum gegeben werden soll. Der Unterschied zwischen ihnen ist nur, wieviel Einmischung nötig ist.

Es kommt also nur darauf an, warum und wieviel an staatlicher Regulierung erforderlich ist. Nach dem Neoliberalismus ist das Haupthindernis gegen das gute Funktionieren des Marktwirtschaftsmechanismus das Monopol, und zwar die gigantischen Unternehmungen auf der Seite des Kapitals und die großen Gewerkschaften auf der Seite der Arbeit. Die freie Preisbildung auf dem Markt wird durch diese beiden verhindert. Sie wird nicht nach dem wirtschaftlichen, d. h. Angebot- und Nachfrage-Verhältnis, sondern nach dem Gewaltverhältnis ausgeführt⁴. Die natürliche Ordnung des Marktwirtschaftsmechanismus geht auf solche Weise verloren. Der Mechanismus an sich ist nicht zu tadeln. Was Tadel verdient, ist dessen Verhinderung. Wenn alle Wirtschaftstätigkeiten, welche auf dem Markte sich in Wechselwirkung befinden, durch die Staatsregulierung auf der gleichen Startlinie stehen können, funktioniert der Mechanismus der Marktwirtschaft wieder gut, steigert sich einerseits die Sozialproduktion durch die Konkurrenz und wird andererseits die sozial gerechte Verteilung gesichert⁵. Der Marktwirtschaftsmechanismus sichert solcherweise die soziale Wohlfahrt. Eben dies ist die soziale Marktwirtschaft nach der neoliberalistischen Auslegung.

Aber auch der Neosozialismus erkennt die ausgleichende Funktion des Marktmechanismus grundsätzlich an. Schon K. Marx sah den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaft nicht im Tauschprozeß, worin vielmehr der Tausch von Gleichwertigem vor sich geht, sondern

⁴ F. Böhm, Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung.

⁵ G. von Eynern, Soziale Marktwirtschaft. Analyse eines wissenschaftlichen und politischen Schlagwortes.

im Produktionsprozeß, in dem die Ausbeutung durchgeführt wird. Der Marktwirtschaftsmechanismus an sich ist nicht zu tadeln, er er mangelt nur der Vollkommenheit. Infolgedessen ist es nicht nötig, statt dieses Mechanismus die Planwirtschaft aufzunehmen. Die Planwirtschaft im eigentlichen Sinne ist durch Versuch und Fehler (trial and error) zwar möglich⁶, aber nicht immer vernünftig. Sie bringt doch notwendig mit sich die despotische Staatsverfassung. Es ist folglich besser, die Planwirtschaft im heutigen Sinne, d. h. die gelenkte Wirtschaft aufzunehmen, welche durch Benutzung des Marktwirtschaftsmechanismus beabsichtigt, die Vollbeschäftigung zu verwirklichen und zugleich das Lebensniveau des Volkes zu erhöhen, also kurz, den Volkswohlstand zu vollbringen. Gerade das aber ist die soziale Marktwirtschaft im neosozialistischen Sinne.

Der Unterschied zwischen den beiden ist nicht so groß. Beide wollen das Gemeinwohl durch die Marktwirtschaft verwirklichen. Aber der Neoliberalismus will es durch die Verfeinerung der Marktwirtschaft, der Neosozialismus dagegen durch die Lenkung der Marktwirtschaft verwirklichen. Sowohl zur Verfeinerung als auch zur Lenkung ist die Staatsregulierung erforderlich. Aber der Grad ist verschieden, um nicht zu sagen, bei jenem kleiner, bei diesem größer.

3. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung des Individuums: freie Initiative oder auferlegte Norm: stimmen Neoliberalismus und Neosozialismus beinahe überein. Liberalismus und Sozialismus sind nach dem Kriege einander näher gekommen, und zwar durch die größere Änderung des Sozialismus. Der sozialistische Gedanke hat sich nach dem Krieg mehr verändert als der liberalistische, eben weil er nach langen Erfahrungen zu der festen Überzeugung gekommen war, daß die bürgerliche Freiheit als das Wesen der westeuropäischen Gesellschaft keineswegs zu verneinen ist. Die freie Initiative des Individuums ist als die treibende Kraft der wirtschaftlichen, also der gesellschaftlichen Entwicklung nicht abzulehnen. Eine Gesellschaft, in der keine Wahlfreiheit sowohl des Geschäfts als auch des Konsums anerkannt ist, verdient nicht zu leben. Durch solche Überzeugung ist der Sozialismus zum „Neo“-Sozialismus geworden. Wenn man in Hinsicht auf die Produktivität die freie Wirtschaft und die Planwirtschaft mit einander vergleicht, muß man die erstere vorziehen, da der innere Erwerbstrieb stärker als die äußere Peitsche auf die Wirtschaftstätigkeit einwirken kann⁷. Für die Menschen kommt es aber immer darauf an, wieweit sie sich frei bewegen dürfen.

⁶ O. Lange, *On the Economic Theory of Socialism*.

⁷ G. Weisser, *Leitsätze zur Ordnung der Wirtschaft nach der Währungsstabilisierung*.

Andererseits muß aber die persönliche Freiheit immer eine bedingte sein. Die Freiheit bringt immer auch mit sich, wie der Besitz, ihre eigene Pflicht. Die Freiheit des einen soll zuerst nicht die des anderen verletzen. Sie soll ja noch mehr das Gemeinwohl befördern. Diese soziale Pflicht kann aber ohne äußere Schranke nicht gesichert werden. Sogar der Neoliberalismus willigt darin ein, nur daß er sie als eine sehr weite betrachtet.

III. Das Problem der Grundlegung

Neoliberalismus und Neosozialismus haben über die drei Kriterien des Kapitalismus und Sozialismus im Grunde dieselbe Auffassung, wie oben erwähnt. Zwischen ihnen gibt es in jedem Punkt keinen qualitativen Unterschied. Sie gehen gleich auf dem mittleren Weg zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, um die Fehler sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus in jeder extremen Form zu vermeiden. In diesem Sinne nehmen sie beide offenbar die Mittelwegwirtschaft auf. Während sie einerseits den Privatbesitz, den Marktwirtschaftsmechanismus und die freie Initiative als die Vorzüge des Kapitalismus soviel wie möglich bewahren, nehmen sie andererseits den Gemeinbesitz, die planwirtschaftliche Staatsregelung und die normative Bindung als die des Sozialismus soviel wie nötig auf. In diesem Sinne betrachten sie gleicherweise die gemischte Wirtschaft als die wahre Wirtschaftsverfassung, wie schon das Wort „Soziale Marktwirtschaft“ selbst klar zeigt.

Ist aber die Mittelwegwirtschaft und die gemischte Wirtschaft ein und dieselbe? Der Ort, welcher von den zwei Gegenpolen gleich entfernt ist, ist die gewöhnliche Mitte. Die höchste Mitte muß vielmehr das sein, was die zwei Pole zugleich in sich enthält. Die höchste Mittelwegwirtschaft kann nichts anderes als diejenige sein, in der die gegensätzlichen Eigentümlichkeiten des Kapitalismus und des Sozialismus zugleich enthalten sind. Daher muß die wahre Mittelwegwirtschaft letzten Endes mit der gemischten Wirtschaft einig sein. Die beiden sind ein und dieselbe.

Wenn dem aber so ist, taucht ein grundsätzliches Problem auf: wie ist die gemischte Mittelwegwirtschaft möglich? Man soll hier nicht bei der einfachen Erklärung stehen bleiben, daß die Vorteile, welche im Kapitalismus vorhanden sind, fest bewahrt werden sollen, während die Vorteile, welche im Sozialismus auch vorhanden sind, mit aller Stärke aufgenommen werden sollen. Wenn man die Vorteile des Kapitalismus bewahrt und zugleich die des Sozialismus aufnimmt, ergibt sich gewiß die gemischte Wirtschaft. Wie ist aber diese Mischung möglich? Kapitalismus und Sozialismus stehen doch, wie

allgemein bekannt, eigentlich einander gegenüber. Der Sozialismus ist als die Negation des Kapitalismus emporgekommen. Also ist das Verhältnis zwischen den beiden kontradiktatorisch. Sie können nicht vermengt werden. Zwischen ihnen gibt es keine Mitte. Es ist demnach nicht erlaubt, diese beiden ohne weiteres zu vermischen. Wenn sie beide trotzdem genug fusioniert werden können, muß es irgendein höheres Prinzip geben, welches diese Fusion ermöglicht.

Auf welche Weise kann man an die höchste Mitte gelangen? Es ist nicht wünschenswert, zuerst den rechten Weg des Kapitalismus, dann den linken des Sozialismus einzuschlagen, um im höchsten Mittelweg anzukommen, da in diesem Falle die Gesellschaft keine Stabilität haben würde. Aus diesem Grunde bleibt kein anderer praktischer Weg übrig, als von Anfang an einen von den beiden polaren Wegen gleich entfernten, mittleren Weg zu wählen. Je weiter man aber auf diesem mittleren Weg vorwärts geht, desto mehr muß man vielen Schwierigkeiten begegnen, weil man in diesem Falle die scharfen Gegensätze der beiden Wirtschaftsverfassungen vermischen muß. Um zu der höchsten Mitte zu gelangen, muß man endlich die eigentümlichen Wesen der beiden, also die vollkommene Freiheit des Individuums einerseits und die vollständige soziale Gerechtigkeit andererseits, miteinander vermischen, welche eigentlich kontradiktatorisch sind. Der Kapitalismus und der Sozialismus oder die freie Marktwirtschaft und die Planwirtschaft stehen gegenüber wie Wasser und Öl. Sie können ohne irgendein höheres Prinzip nicht vermengt werden.

Um die soziale Marktwirtschaft als die dritte Wirtschaftsordnung zu begründen, ist es also erforderlich, die folgende Frage zu beantworten: Wie ist die gemischte Wirtschaft möglich? Mit anderen Worten, was ist das höhere Prinzip, welches die Mischung der eigentlich kontradiktatorischen Elemente ermöglicht?

IV. Die Grundlage der gemischten Wirtschaft

Wie ist die Mischung des Kapitalismus und des Sozialismus möglich? Bevor man auf diese Frage eine Antwort gibt, muß man zuerst noch einmal überlegen, aus welchem Grunde sie miteinander nicht vereinbar sind. Der Sozialismus ist ursprünglich als das Verneinende des Kapitalismus gedacht. Warum ist man zu dem Urteil gekommen, daß der Kapitalismus unhaltbar ist? Der Kapitalismus ist ursprünglich als die Negation des Feudalismus aufgekommen, wo alle Menschen durch die Ständeordnung gebunden waren und folglich keine persönliche Freiheit genossen hatten. Das Ziel des Kapitalismus war gerade die Befreiung von dieser Ständeordnung und die Feststellung der persönlichen Freiheit aller Menschen. Deshalb ist das grundsätzliche

Prinzip des Kapitalismus die Freiheit des Individuums. Hier darf jedermann prinzipiell alles tun.

Die menschlichen Fähigkeiten sind aber von Natur durchaus nicht gleich. Wenn also die freie Konkurrenz einige Zeit dauert, muß dort unvermeidlich die soziale Ungleichheit entstehen. Sie wird durch den Einfluß des Privateigentums noch mehr verschärft. Wer Produktionsmittel besitzt, der gewinnt einen Vorteil vor demjenigen, welcher sie nicht besitzt. Zwischen den Kapitalisten und Arbeitern ergibt sich deshalb notwendigerweise ein tiefer Riß, d. h. der Klassengegensatz. Der Sozialismus kommt eben mit dem Zweck empor, diese soziale Ungleichheit abzuschaffen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirlichen. Die soziale Gleichheit und die soziale Gerechtigkeit sind natürlich dasselbe, da die Gerechtigkeit als ein Zustand des „*suum cuique*“ nichts anderes als die proportionale Gleichheit bedeutet.

Das grundsätzliche Prinzip des Sozialismus ist solcherweise die soziale Gleichheit oder Gerechtigkeit unter allen Mitgliedern der Gesellschaft. Zur Verwirklichung dieses Prinzips muß er nun als die bloße Negation des Kapitalismus, also das, was der Kapitalismus nicht ist, auftreten. Infolgedessen schafft er den freien Privatbesitz aller Produktionsmittel ab, verbietet er die freie Konkurrenz und schließt alle Individuen in Schranken der Norm ein. Der Sozialismus kann also die soziale Gleichheit nur auf Kosten der persönlichen Freiheit erreichen.

Der Grund des kontradiktitorischen Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegt eben hierin. Weil die persönliche Freiheit als der Grundsatz des einen und die soziale Gleichheit als der des anderen entgegengesetzt sind, stehen Kapitalismus und Sozialismus miteinander im Widerspruch. Die Unverträglichkeit der beiden ist solcherweise auf die der Freiheit und Gleichheit zurückzuführen.

Wenn dem so ist, ist die Mischung von Kapitalismus und Sozialismus nur dadurch möglich, daß sie beide auf einem höheren Prinzip fußen, welches die Freiheit und Gleichheit miteinander verträglich macht. Gibt es irgendein solches Prinzip, welches die persönliche Freiheit und Gleichheit, die an sich widersprechend sind, miteinander zur Versöhnung führt? Man kann es nur in der Brüderlichkeit finden. P. Natorp hat einmal seine Sozialphilosophie mit der Trilogie: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begründet⁸. Diese drei Prinzipien stehen nicht auf der gleichen Ebene nebeneinander. Man kann hier die Brüderlichkeit als die Synthese der Freiheit und Gleichheit nehmen, welche als These und Antithese gegenüberstehen. Nur auf dem höheren Prinzip der brüderlichen Liebe können Freiheit und Gleichheit in Einklang kommen. Es ist klar, wenn man die

⁸ P. Natorp, Vorlesungen über praktische Philosophie.

Familie als ein Beispiel beobachtet. In dieser elementarsten sittlichen Gemeinschaft verwirklicht sich das gleiche Leben unter ihren Mitgliedern durch ihren freien Willen, eben weil unter ihnen die Familienliebe wirksam ist. Im allgemeinen gesagt, können solcherweise nur auf dem Grund der sittlichen Gemeinschaft, wo die Brüderlichkeit unter ihren Mitgliedern in irgendeinem Maße besteht, Freiheit und Gleichheit zusammen bestehen.

Der Grund oder das Prinzip, welches die gemischte Wirtschaft ermöglicht, kann man auf diese Weise in der Gemeinschaft oder im Gemeingeist finden. Nur darauf und dadurch kann die äußerliche Verbindung von Marktwirtschaft und Staatsregelung in die innere Fusion umgewandelt werden. Jeder Staatseingriff bedeutet ohne dies Prinzip immer eine äußere Beschränkung für die persönliche Freiheit jedes Individuums, das in der Marktwirtschaft tätig ist. Die Marktwirtschaft bedeutet ohne dieses Prinzip das äußere Hindernis für die soziale Gerechtigkeit, welche die staatliche Planung erzielt. Die Marktwirtschaft kann also nur in der Gemeinschaft durch den Gemeingeist mit der sozialen Gerechtigkeit in Einklang stehen.

E. Heimann begründet seinen Sozialismus durch den Gedanken des „dialektischen Gleichgewichts der Freiheit und Ordnung“⁹. Das ist richtig. Die wahre Gesellschaft muß das Gleichgewicht der Freiheit und Ordnung sein. Aber die persönliche Freiheit und die soziale Ordnung stehen eben dialektisch gegenüber. Sie kommen miteinander nicht in Einklang, solange sie nicht auf dem höheren Prinzip stehen.

Wie ich einmal erklärt habe, kann man als die Eigentümlichkeit der Hegelschen Dialektik und der Marxschen Dialektik die „Einheit der Gegensätze“ und den „unversöhnlichen Widerspruch“ auch zeigen¹⁰. Marx tadelte Hegel deshalb, weil die Gegensätze durchaus nicht in Einklang kommen können. Dieser Tadel ist als solcher richtig. Natürlich kommen die Gegensätze an sich nicht zur Einheit. Eben deshalb müssen sie nach Hegel „zugrunde gehen“, d. h. zu ihrem Grunde gehen. Dieser Grund ist letzten Endes die Idee der Sittlichkeit. Die Versöhnung der Gegensätze ist nur so möglich.

Wie oben gezeigt, sind in Wirklichkeit die Marktwirtschaft und die Staatsregelung immer in Verbindung erschienen. Sowohl die Marktwirtschaft ohne Staatsregelung als auch die staatliche Planung ohne Marktwirtschaft sind noch niemals vorgekommen. Wenn es den beiden Faktoren an dem Prinzip des Gemeingeistes völlig fehlte, könnte ihre Verbindung nicht innerlich und demnach ihr Bestehen als Wirtschaftsordnung nicht stabil sein.

⁹ E. Heimann, *Freedom and Order*.

¹⁰ H. Naniwada, *Smith — Hegel — Marx*, in *Zeitschrift f. d. ges. Stw.*

Natürlich verhält sich die Brüderlichkeit zur Freiheit und Gleichheit nicht nur so, wie diese beiden ihren Grund in jener haben, sondern auch so, wie jene von diesen beiden befördert wird. Die Brüderlichkeit verstärkt sich also umgekehrt durch den Fortschritt der Freiheit und Gleichheit. Wo es die Freiheit und Gleichheit nicht gäbe, gäbe es auch nicht die Brüderlichkeit. Damit der Gemeingeist in einer Gesellschaft noch stärker wird, ist es erforderlich, in ihr die Freiheit und Gleichheit zusammen zu fördern. Wo jedermann seine persönliche Freiheit und die soziale Gleichheit zugleich genießt, wird es ihm auch bewußt, daß er nur dort seinen Wohlstand sicher genießen kann. Der Gemeingeist oder die Brüderlichkeit kann sich auf diese Weise verstärken.

Nach dem oben Gesagten ist es selbstverständlich, daß man zwei Gemeinschaften unterscheiden kann: die Urgemeinschaft, wo alle Mitglieder des Grundes ihrer Verbindung noch nicht bewußt sind, und die höhere „echte“ Gemeinschaft, wo ihre Solidarität durch die persönliche Freiheit und die soziale Gleichheit ununterbrochen verstärkt wird. Die Gemeinschaft soll sich von der Urgemeinschaft zur echten Gemeinschaft erhöhen. In Bezug auf die Wirtschaftsverfassung gesagt: die echte Gemeinschaft vollendet sich nur dadurch, daß sie einerseits die gemischte Wirtschaft begründet und andererseits durch diese befördert wird. Die gemischte Wirtschaft ohne die Gemeinschaft kann nicht umhin, in beständiger Schwankung zu sein, und die Gemeinschaft ohne die gemischte Wirtschaft kann nicht umhin, in diesem primitiven Stadium stehen zu bleiben.

V. Prozeß zur sozialen Marktwirtschaft

Nun kann man die kapitalistische oder genauer die bürgerliche Gesellschaft, wie die Tradition der deutschen Sozialphilosophie lehrt¹¹, zwischen die Urgemeinschaft und die echte Gemeinschaft stellen. In der Urgemeinschaft verstand sich der Gemeingeist von selbst. Hier waren die grundsätzlich gegeneinander gerichteten Individuen noch nicht aufgetreten. Als sie aber einmal aufgetreten waren, ist die Gemeinschaft unvermeidlich in die Gesellschaft übergegangen, welche auf Grund des Vertrags unter den freien Individuen gebildet wird. Hier ist der Gemeingeist, wie das Wort: „Verlust der Sittlichkeit“ bei Hegel klar zeigt, beinahe verloren gegangen, aber natürlich nicht völlig. Die bürgerliche Gesellschaft ist auch darin zu einseitig, daß sie nur auf dem Prinzip der persönlichen Freiheit steht. Aus diesen zwei Gründen kann sie bis dahin nicht das unerschütterliche Bestehen

¹¹ Dieser Sozialgedanke findet sich, wie allgemein bekannt, schon bei Pestalozzi und findet bei Hegel ein typisch aufgebautes System.

erhalten, wo sie sich in die soziale Marktwirtschaft verwandelt und zugleich wieder den Gemeingeist zu ihrer Grundlage bekommt.

Aber der Prozeß bis dahin ist nicht so kurz. Wenn man ihn möglichst knapp zusammenfassen darf, ist er folgendermaßen darzustellen:

Jede Gesellschaft muß, damit sie stabil fortbesteht, in ihr selbst die soziale Gleichheit oder Gerechtigkeit in irgendeiner Form haben. Nur eine Gesellschaft, in der alle Mitglieder zueinander im gerechten Verhältnis stehen, befindet sich in Ordnung und folglich im Frieden. Die bürgerliche Gesellschaft hat nun am Anfang ihrer Entstehung erwartet, daß diese soziale Gerechtigkeit durch die persönliche Freiheit genug verwirklicht werden kann. Wie der Verfasser einmal klar gemacht hat¹²: die Arbeitswerttheorie der klassischen Nationalökonomie hatte ursprünglich die Absicht, dieser Erwartung einen festen Grund zu geben. Jedermann in der bürgerlichen Gesellschaft ist frei. Um aber seine Freiheit zu verwirklichen, muß er vorher die wirtschaftlichen Mittel bekommen. So arbeitet und produziert er irgend ein Produkt und tauscht es mit einem anderen Produkt des anderen aus. In dieser Tauschgesellschaft ist jedermann soviel reich und verwirklicht er soviel seine Freiheit, nicht als er arbeitet, sondern als sein Produkt mit einem anderen ausgetauscht wird. Wie weit er seine Freiheit wirklich genießen kann, ist nicht von seinem opus, sondern von seinen opera, und zwar von deren Tauschwert bestimmt. Wie wird aber dieser Austausch ausgeführt? Wenn er frei, ohne äußere Einmischung ausgeführt wird, entsteht dort eine Art Gleichgewicht, weil jedes Produkt letzten Endes nach seiner angelegten Arbeitsquantität ausgetauscht werden muß. Jedermann bekommt auf diese Weise durch den Austausch soviel, als er sich bemüht, mit anderen Worten, jeder bekommt das Seinige. Folglich verwirklicht sich hier die soziale Gerechtigkeit.

Von dieser Theorie unterstützt, hat sich die bürgerliche Gesellschaft so schnell entwickelt, daß die Sachlage nach einiger Zeit anders geworden ist. Erstens: damit die Wechselwirkung der freien Wirtschaftstätigkeiten zu einem Gleichgewichtszustand führt, ist es nötig, sie durch einige Bedingungen einzuschränken und dadurch die freie Konkurrenz unter ihnen gerecht zu machen. Gerade die Summe dieser Bedingungen ist das Recht. Zweitens: in der kapitalistischen Produktionsweise wird die Produktion in der Art durchgeführt, wie ein Kapitalist die von Arbeitern gekauften Arbeitskräfte mit seinen Produktionsmitteln verbindet. Dabei läßt jener diesen mehr Wert produzieren, als jener diesen bezahlt. Also ist im Bereich der Produktion das sozusagen „ungleichwertige“ Produktionsverhältnis und

¹² H. Naniwada, *Staat und Wirtschaft*, in *Schmollers Jb.*, 75. Jg., 2. H.

demnach die soziale Ungerechtigkeit vorhanden, durch welche der Klassengegensatz notwendig veranlaßt wird. Im Kapitalismus befindet sich solcherweise notwendig die Ungerechtigkeit. Um sie zu vermeiden und die soziale Gerechtigkeit wieder herzustellen, werden die politischen Maßnahmen benötigt.

Der Staat tritt nun notwendigerweise auf, um die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, und zwar anfänglich als der Rechtsstaat, welcher nur bescheiden darauf abzielt, die gerechte freie Konkurrenz zu sichern, und dann als der politische Staat, welcher positiv versucht, mit den politischen Maßnahmen in der Wirtschaft die Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Der gründlichste Weg zur sozialen Gerechtigkeit ist natürlich der Sozialismus. In der sozialistischen Wirtschaft befindet sich ohne Zweifel auch die Mehrarbeit der Arbeiter, da sie allein auch hier der Grund der Wirtschaftsentwicklung ist. Weil aber hier der Privatbesitz der Produktionsmittel aufgegeben ist, ist doch diese Mehrarbeit nicht mehr die der Menschen für andere Menschen und demnach nicht mehr der Grund des Klassengegensatzes. Wie aber schon oben klargemacht worden ist, läßt der einseitige Sozialismus die persönliche Freiheit des Individuums vollständig außer Acht. Es kommt deshalb darauf an, die soziale Gerechtigkeit zugleich mit der persönlichen Freiheit zu verwirklichen. Die soziale Marktwirtschaft ist eben die Antwort auf diese Frage.

Im Bereich der Wirtschaftsordnung entwickelt sich nun die soziale Marktwirtschaft mit Notwendigkeit. Um sie aber auf einen unerschütterlichen Grund zu stellen, muß ihre gemeinschaftliche Grundlage verstärkt werden. Die Nationalerziehung tritt gerade hier auf, um diese Grundlage, also den Volksgeist oder die nationale Solidarität noch zu verstärken. Das Wesen der Erziehung besteht zweifellos in der Bildung nicht der bloßen Nation, sondern des Menschen überhaupt. Die soziale Funktion der Erziehung beruht vor allem hierin. Die soziale Marktwirtschaft als die gemischte Wirtschaft des Kapitalismus und des Sozialismus kann sich nur dann festigen, wenn der Gemeingespriest sich verstärkt und dadurch die äußere Mischung der beiden in die innere Fusion übergeht. Aber die Menschheit ist ihrer Natur nach schwach. Sie ist trotz der Nationalerziehung — oder oft infolge der fehlerhaften Nationalerziehung — in Gefahr, in den Nationalegoismus zu geraten. Die soziale Funktion der Religion besteht eben darin, daß sie durch die Ehrfurcht vor Gott die egoistische Schale des Menschen durchbricht und ihn zur Menschenliebe führt. Die Grundlage der gemischten Wirtschaft wird somit durch die Erziehung mit der Stütze der Religion gefestigt.

VI. Aufbau der Volkswirtschaft

Die freie Wirtschaft, welche mit der bürgerlichen Gesellschaft aufgetreten ist, muß also zu ihrem eigenen festen Bestehen zuerst das Recht und die Politik, dann die Erziehung und die Religion in Anspruch nehmen. Sie hat sich in Wirklichkeit auf diese Weise entwickelt.

Wir kommen nun nach dieser Beobachtung zu dem Schluß, daß die Volkswirtschaft immer aus drei Faktoren besteht und folglich den dreidimensionalen Aufbau hat:

der erste Faktor ist die Marktwirtschaft, welche sich eigentlich frei bewegt, da sie ihrem Wesen nach die Wechselwirkung der freien Wirtschaftstätigkeiten ist;

der zweite ist die Staatsregulierung, welche prinzipiell abzielt, die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen;

der dritte ist die Volksgemeinschaft, welche die oben genannten, sich gegenüberstehenden zwei Faktoren zur inneren Fusion bringt.

Natürlich stehen diese drei Faktoren nicht auf gleicher Ebene nebeneinander. Sie sind vielmehr stereometrisch miteinander verbunden. H. Ritschl faßt den Aufbau der Volkswirtschaft als einen dualistischen auf¹³. Aber in Wirklichkeit ist er dreidimensional. Die Volkswirtschaft kann nur dadurch zu einem vollkommenen Gebilde werden, daß diese drei Faktoren jeder für sich stärker werden. Die soziale Marktwirtschaft ist eben dessen äußere Form, d. h. ein Begriff, welcher nur zwei Faktoren unter ihnen in Betracht zieht.

¹³ H. Ritschl, *Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung*.